

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 41 (1962)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Chronik des Monats

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### Innenpolitik

Es ist nachgerade bekannt, daß das statistische Zahlenmaterial in der Schweiz entweder völlig fehlt oder erst einige Zeit nach der betreffenden Erhebung veröffentlicht wird. Ebenso bekannt aber sollte sein, daß die moderne Entwicklung der Wirtschaft nur dann einigermaßen überblickt werden kann, wenn möglichst umfassende Untersuchungen nicht nur gemacht werden, sondern auch so rasch als möglich veröffentlicht werden. Bis diese statistischen Untersuchungen auf Bundesebene gemacht werden, behelfen sich beispielsweise die Professoren an unseren Universitäten vorwiegend mit Zahlenmaterial aus dem Ausland, meistens mit solchem aus den Vereinigten Staaten . . .

Mögen aber die hin und wieder veröffentlichten Ergebnisse auch nicht so vollständig oder leicht veraltet sein, interessant sind sie trotzdem. Und so sollen im folgenden einige Zahlen bekanntgegeben werden. Zählte die Schweiz im Jahre 1900 3 315 443 Einwohner, so waren es 1960 (Eidgenössische Volkszählung) 5 429 061. Das Wachstum der Schweiz ist also ausgeprägt. Entsprechend der Zunahme der Bevölkerung hat sich natürlich auch unsere Wirtschaft vergrößert. Die eidgenössische Fabrikstatistik hat am 13. September 1962 13 728 dem Fabrikgesetz unterstellte Betriebe gezählt, das sind 420 (3,2 Prozent) mehr als vor Jahresfrist. Am gleichen Stichtag 1962 gab es 753 148 Arbeiter und Angestellte, 36 174 (5,17 Prozent) mehr als vor einem Jahr. 259 174 (34,4 Prozent) der Arbeitnehmer waren Ausländer.

Vom Juli 1961 bis Juni 1962 wurden an natürliche und juristische Personen aus dem Ausland 576 Hektaren Land im Wert von 224 Millionen Franken verkauft, teilte der Bundesrat auf eine Kleine Anfrage mit. Ob die Landkäufe im Vergleich zum Vorjahr zurückgingen, kann leider nicht gesagt werden, da die statistischen Unterlagen fehlen! Der Bundesrat ist aber der Meinung, die Landkäufe von Ausländern seien zurückgegangen. Diese Meinung ist verständlich, denn wer gibt schon zu, daß von ihm getroffene Maßnahmen nicht eben wertvoll sind. Und daß der Bundesbeschuß über die Bewilligungspflicht von Landkäufen in der Schweiz durch Personen im Ausland überaus wirksam sei, hat bis jetzt noch niemand behauptet, geschweige denn beweisen können. Hier allerdings fehlt es weniger an den statistischen Unterlagen als am Gesetz.

Wenn wir schon bei Landkäufen sind, so soll ein Großkäufer nicht unerwähnt bleiben: Die Emser Werke in Graubünden. Vor einigen Jahren war schon einmal monatelang die Rede von diesem Unternehmen. Damals ging

es darum, ob diesem Werk weiterhin Bundessubventionen ausgerichtet werden sollten. Obwohl man den Stimmbürgern ausdrücklich ausmalte, die Emser Werke und mit ihnen der ganze Kanton Graubünden würden zugrunde gehen, wenn die Bundessubventionen ausblieben, wurde die Vorlage verworfen. Und was sich niemand geträumt hatte, trat ein: Die Emser Werke machten einen unglaublichen Aufschwung mit. Wer viel Geld verdient, muß es auch anlegen. In den letzten Jahren hat das Unternehmen über 2 Millionen Quadratmeter Land in ganz Graubünden zusammengekauft, auch Schloßgüter waren darunter. Dies führte zu einer Interpellation im Großen Rat, die der Regierungssprecher so kläglich beantwortete — er vertrat den Standpunkt der Emser Werke und konnte einiger Ungenauigkeiten überführt werden —, daß das Unbehagen über die Landkäufe der Firma in ganz Graubünden erheblich zunahm.

Die Konzentrationsbewegung in der Schweiz nimmt — wie im übrigen Ausland — ständig zu: In Basel schlossen sich drei Versicherungen, die Basler Transport, die Basler Feuer und die Basler Unfall zur Bâloise Holding zusammen, während die Unfallversicherungsgesellschaft in Winterthur sich die Eidgenössische Versicherungs AG einverleibte. Selbstverständlich haben alle diese Konzentrationsbewegungen nichts mit den von Marx analysierten Kapitalkonzentrationen zu tun . . .

Anfangs Dezember begann in Bern die Wintersession. Nationalratspräsident Walther Bringolf gab nach einer viel beklatschten Rede sein hohes Amt an A. Guinand ab, der sich bemühen wird, den Rat ebenso umsichtig zu präsidieren, wie es sein Vorgänger getan hat. Als Ständeratspräsident folgt auf E. Vaterlaus der Waadtländer F. Fauquex. Bundespräsident wird der Sozialdemokrat Willy Spühler, der Mitte Dezember in Zürich — als ehemaliger Zürcher Stadtrat — überaus herzlich gefeiert werden wird.

Die beiden Kammern haben vor allem den Voranschlag zu verabschieden, der mit einem Reingewinn von rund einer Drittel Milliarde abschließt. Dieses für Hochkonjunkturzeiten völlig richtige Ergebnis wurde natürlich sofort zum Anlaß genommen, Steuersenkungen — vor allem bei der Wehrsteuer — zu verlangen — «Konjunkturpolitik hin oder her», erklärte dazu der freisinnige Nationalrat Dr. Häberlin! Sind Lohnerhöhungen angemeldet, dann allerdings wird in lauten Tönen das Lied des konjunkturgerechten Verhaltens gesungen, das auch für die Arbeitnehmer gelte.

Die Schweiz hat sich entschlossen, dem Europarat beizutreten. Dieses Geschäft, wie die Beratung der Atominitiative II, zu der der Bundesrat keinen Gegenentwurf ausarbeiten will, während im Nationalrat einige Gruppen die Einführung des fakultativen Referendums bei der Beschaffung von Atomwaffen unterstützen, werden zu einigen Diskussionen Anlaß geben, während die Beratung des KUVG auf die Märzsession verschoben wurde.

Die zunehmend reaktionäre Haltung der Regierung in Westdeutschland hat ihre Auswirkungen bis in die Schweiz: Monatlich gab der bisherige Presseattaché der Bundesrepublik in Bonn, Egon Roemer, ein Bulletin «herausgegriffen» heraus, das auf erfrischende Art und Weise Presseäußerungen aus Deutschland Raum gab. Dabei wurden — was schon zarte Hoffnungen auf eine demokratischere Haltung einiger Herren in Deutschland weckte — auch nichtregierungskonforme Meinungen veröffentlicht. Doch die Freude dauerte nicht lange. Dem westdeutschen Botschafter Mohr, der im Gegensatz zu Roemer eine tiefbraune Vergangenheit hat, gefiel dieses «herausgegriffen» gar nicht. Er sperrte Roemer, der bis 1935 Widerstandskämpfer gewesen war, dann in die Schweiz flüchtete und darauf in der belgischen Widerstandsbewegung weiterkämpfte, den Kredit. Roemer wurde «routinemäßig» von seinem Posten ersetzt, worauf der Kredit wieder zu fließen begann . . .

## **Außenpolitik**

Die Wahlen für das neue Parlament in Frankreich von Ende November verliefen ganz anders, als es die Fachleute angenommen hatten: Von 482 Sitzen eroberten die Gaullisten — mit deren Niederlage man gerechnet hatte — 233, dazu kommen noch rund 40 ihnen ergebene Parlamentarier aus andern Fraktionen. De Gaulle wurde somit praktisch Alleinherrscher, seine «Force de frappe», seine Europapolitik wird er nun ungehinderter ausbauen können. Stimmengewinne hatten auch die Sozialisten und die Kommunisten zu verzeichnen, die nun gegenüber den Gaullisten den einzigen, starken Block bilden. Die Rechtsparteien wurden förmlich aufgerieben, die Mittelparteien verloren weiter an Terrain. Der Ausgang dieser Wahlen mag de Gaulle sehr befriedigen; die Aussicht auf das, was nach seinem Tod passieren kann, ist weniger erfreulich!

Mit dem Ausgang der Wahlen dürften hingegen die Sozialdemokraten Österreichs nicht sehr zufrieden sein: Am 18. November verloren sie zwei Sitze, so daß sie nun in der Koalition mit der Österreichischen Volkspartei mit 76 gegen 81 Vertreter der ÖVP einen schwächeren Stand haben werden. Die österreichischen Koalitionswehen lassen sich aber niemals mit der Regierungskrise vergleichen, die seit der Spiegel-Affäre die Bundesrepublik erschüttert. Sicher ist, daß Strauß der neuen Regierung nicht mehr angehören wird, während es den Anschein macht, daß sich Adenauer noch bis Herbst 1963 als Bundeskanzler wird halten können.

Mit wem zusammen wird die CDU/CSU die Koalition bilden? Ziemlich

sicher mit der FDP, obwohl es in der ersten Dezemberwoche einmal so aussah, als ob die CDU/CSU mit der SPD eine große Koalition bilden möchte. Obwohl die SPD, die im letzten Wahlkampf vor allem einen andern Bundeskanzler forderte und von Adenauer deshalb auch mit größter Gemeinheit angegriffen wurde, bereit war, unter Adenauer eine neue Regierung zu bilden, zerschlugen sich die Verhandlungen, bei denen sich die Vertreter der SPD — nicht zur großen Freude des Parteivolkes — sehr entgegenkommend gezeigt hatten.

Das im Ausland einigermaßen angeschlagene Prestige der Bundesrepublik wurde durch einen Verbotsprozeß, der in Westberlin anfangs Dezember unter merkwürdigen Umständen vertagt wurde, nicht eben gefestigt. Die Bundesregierung hatte vor zwei Jahren gegen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes einen Verbotsantrag erlassen, da in der VVN vor allem Kommunisten versammelt seien, die die Bundesrepublik zu unterwühlen trachteten. Nun ist es allerdings zutreffend, daß neben den Juden die Kommunisten die größten Opfer unter den Nazibarbaren erbringen mußten. Es liegt also auf der Hand, daß eine Vereinigung dieser Opfer, die sich dem Kampf gegen den Faschismus widmen, in erster Linie Kommunisten umfassen wird, denn neben Sozialdemokraten und Gewerkschaftern waren ja die Widerstandskämpfer in Deutschland gegen die Nazis nicht eben dicht gesät . . . Daß die Bundesrepublik es nötig hat, ihre demokratischen Einrichtungen mit dem Verbot dieser Vereinigung zu schützen, war schon eher unverständlich, daß aber der Präsident des Gerichtes, das diesen Verbotsprozeß behandelte, ein früherer Nazi war, das war mehr als ungeschickt. Man hört jetzt, daß die Bundesrepublik den Prozeß vertagen und dann still darauf verzichten will. Wieder einmal hat man dem Osten großzügig Propagandamaterial zur Verfügung gestellt. Böswillige Zungen allerdings flüstern, es sei beinahe aussichtslos, in Deutschland amtierende Richter zu suchen, die keine Nazis gewesen seien . . .

Die Entschärfung der Kubakrise machte auch im Monatsbericht weitere Fortschritte. Am 26. November gab Kennedy den Abbruch der Seeblockade gegen Kuba bekannt, während Moskau den Abtransport seiner Bomber ankündigte und ihn in der Folgezeit auch durchführte. Eine Inspektion an Ort und Stelle, wie sie Kennedy zuerst verlangt hatte, wurde bisher nicht durchgeführt — es werden dafür ständig Beobachtungsflüge ausgeführt —, andererseits verpflichtete sich Kennedy nicht ausdrücklich, auf eine Invasion Kubas von Amerika aus zu verzichten.

Mit einem sensationellen Angebot warteten die Chinesen am 21. November auf: Nachdem eindeutig feststand, daß sie die militärischen Sieger waren, daß die Inder unter Zurücklassung ihrer schweren Waffen Hals über Kopf flohen, daß ganze ruhmvolle Divisionen, die im Zweiten Weltkrieg ausgezeichnet gekämpft hatten, von den Chinesen eingeschlossen worden waren — da verkündeten sie, sie würden das Feuer einstellen und sich ab 1. Dezember auf die

Linien zurückziehen, die sie am 7. November 1959 innegehabt hätten. Die Inder und die ganze westliche Welt waren perplex. Weshalb dieses Angebot? Sicher sind die Kommentatoren, die glaubten, Chruschtschew habe den Chinesen den Benzinhahn abgedreht, auf dem Holzweg. Viel eher wollten die Chinesen ganz Asien zeigen, wer wirklich die führende Nation sei, Indien oder China. Mit ihrem militärischen Sieg zeigten sie, daß sie stärker sind als jedes andere asiatische Land; mit ihrem Waffenstillstandsangebot — das sie diplomatisch geschickt ausnützten — bewiesen sie, daß sie großmütige Sieger sind, die nicht alles, sondern lediglich ihre Grenzen gesichert haben wollen. Sie konnten aber auch den neutralistischen Ländern zeigen, daß Nehru gar nicht so unabhängig sei. Denn Nehru wurde sofort von den «Imperialisten», von den USA und den Engländern, mit Waffen unterstützt — ohne daß dies allerdings am militärischen Debakel Indiens etwas ändern konnte. Im Gegenteil, diese Waffenlieferungen erregten Pakistan aufs äußerste, da dieses seit Jahren mit Indien um Kaschmir streitet und — nicht ganz zu Unrecht — fürchtet, Indien werde diese Waffen später gegen die Pakistani verwenden.

Nehru erklärte nach einigem Zögern, die chinesischen Bedingungen nicht annehmen zu wollen. Er forderte die Wiederherstellung der Grenzen vom 8. September dieses Jahres. (Nun ist es sehr schwer, über die Grenzforderungen der beiden Parteien zu diskutieren, da genaue Nachrichten und Unterlagen fehlen. Eines aber ist merkwürdig: Weshalb fordern die Inder Wiederherstellung der Grenzlinie vom 8. September 1962, die Chinesen aber die vom 7. November 1959 — wie man eindeutig den westlichen Pressemeldungen entnehmen konnte? Wenn die Chinesen die Aggressoren sind, was man in den westlichen Zeitungen als sicher annimmt, so sind diese Forderungen völlig unsinnig, würden doch dann beide Länder dem Feind Land abtreten wollen und darum Krieg führen...)

Nach der ersten Dezemberwoche scheint es aber, daß Nehru irgendwie einlenken will. Sicher kann er dies nicht öffentlich tun, der aufgestachelte Nationalismus der Inder würde ihm zu gefährlich werden, aber er wird sich mit den Chinesen einigen müssen, denn die Machtverhältnisse sprechen nun einmal eindeutig für die Chinesen. Auch die Amerikaner haben keine Lust, in diesen Konflikt mit Waffen und eigenen Soldaten einzugreifen — und nur dies könnte im Augenblick helfen —, sie begnügten sich, zusammen mit den Engländern, die Inder und Pakistani mit ziemlich unverhüllten Drohungen an den Verhandlungstisch zu bringen. Es scheint aber, als ob Nehru noch lieber mit den Chinesen verhandelte als mit Pakistan...

Die beiden schwersten Krisen konnten also noch vor Jahresende einigermaßen abgekühlt werden, doch ist leider nicht anzunehmen, daß 1963 keine weiteren kritischen Entwicklungen eintreten könnten.